

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Druck von E. Dieckmann Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 226

Neuenbürg, Dienstag den 28. September 1920

78. Jahrgang.

Deutschland.

Karlsruhe, 26. Sept. Die badische Regierung hat, wie der Allgemeine Fabrikantenverband mitteilt, sich gegen eine Kladderadatsch angeschlossen, da sie unförmlich sei.
Berlin, 27. Sept. Der Reichstag wird voraussichtlich am 19. Oktober seine Arbeiten wieder beginnen. — Das Verfahren gegen die Würzburger Studentenzeitung kommt im Oktober erneut zur Verhandlung und zwar vor dem Schwurgericht in Kassel. — In München wird als Gegengewicht und Ausgleich für die Wiedererrichtung ausländischer diplomatischer Vertretungen eine Reichspostanstalt errichtet werden. — Die Unabhängigen in Groß-Dresden haben mit etwa drei Fünftel Stimmenmehrheit beschlossen, die Moskauer Bedingungen anzunehmen. Doch soll noch in der nächsten Woche eine Abstimmung darüber erfolgen. — Von Ludendorffs Kriegserinnerungen erscheint demnächst bei Mittler und Sohn in Berlin eine Volksausgabe, durch die weitesten deutschen Kreisen der Inhalt des Buches zu wohlfeilem Preise zugänglich gemacht wird.

Ein sozialdemokratischer Wunschzettel.

Siehe schreibt der „Vorwärts“:
Auf 16 Druckschriften des „Vorwärts“ sind am Sonntag für den sozialdemokratischen Parteitag in Kassel die Anträge der Organisationskommission veröffentlicht worden. Als besonders bemerkenswert seien hier hervorgehoben: Hamburg verlangt als jährliche Beihilfe die Hälfte der Mitgliederbeiträge des Reichstages u. der Landesparlamente, damit die Wähler säumige Abgeordnete zur Weisheit zwingen können. Dresden-Land fordert die Entfremdung von Angehörigen und Beamten in leitenden Stellen, die Gegner der Zwangswirtschaft sind, dagegen erklärt die Sozialdemokratie: Die Zwangswirtschaft hat vollkommen verfallen. Wommern erklärt: Die Organisierung der Kleinbauern ist eine zwingende Notwendigkeit. Stade will nichts wissen von der Wahl von Parlamentariern in den Parteivorstand, weil dadurch entweder die Arbeit im Parlament oder im Vorstand leiden muß. Stade beantragt deshalb, daß im Vorstand nur zwei Gewerkschaftler, die als Parlamentarier tätig sind, anwesend sein dürfen. Wehrhahn will eine Einigung der sozialdemokratischen Gruppen verlangen, wenn dieses sich nicht anders erreichen läßt, dann durch eine über die Köpfe hinweg vorgenommene Abstimmung. Damit es ermöglicht ist, zu geneigter Seite eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Bonn fordert die Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 1500 auf 2000 Mark, Sörup sogar auf 10 000 Mark. Ghabach möchte die Sozialisierung „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beschleunigen und zwar möglichst ohne Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer.“ Danzberg fordert die Einrichtung von Lebensmittelstellen und ihre Verteilung mit Sozialdemokraten — Männern und Frauen — in den maßgebenden Ämtern, um dem reaktionären Treiben arbeitserföndlicher Elemente rechtzeitige größere Beachtung zu schenken und energischer entgegenzutreten wie bisher. Wehrhahn dekretiert: „Die Wissenschaft hat und beweisen, daß sie nicht wagt, die Akademiker und Wissenschaftler tragen die Hauptlast an der Verpönderung der Arbeiterklasse.“ Die Wehrhahn beantragt deshalb: „Die Kandidaten zu den Parlamenten sollen prozentual so verteilt werden, daß nicht die Akademiker den größten Teil der Sitze einnehmen; die Wehrhahn muß aus Arbeitern bestehen.“ Aus Bad Werte kommt der Antrag, zunächst 100 Volkshochschullehrer zu schaffen und die Gebäude für sie dadurch zu schaffen, daß dem Reich durch Gesetz das Recht verliehen wird, Wehrhahn, die mehr als 4 Schlösser oder 4 größere Güter (über 100 Morgen) ihr Eigen nennen, eine Weisung zu erteilen, sofern keine Schenkung erfolgt. Eine Entschädigung an die Eigentümer soll nicht gezahlt werden. Wehrhahn beantragt: „Diejenigen Parteigenossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, wie Bürgermeister, Landräte, Stadträte usw., dürfen vorläufig nicht angefaßt werden, da dieselben in den eigenen Ämtern unentbehrlich sind. Die Gewissen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, haben schon jetzt auf ihr Reichs- oder Landtagsmandat zu verzichten.“ Dann müßten vor allen die sozialdemokratischen Minister ihr Mandat niederlegen. Das wäre eine eigenartige Auffassung des Parlamentarismus.

Die Ulmer Demokratentagung.

Ulmu, 25. Sept. Als Ergebnis der eingehenden Aussprache über die Zwangswirtschaft darf festgestellt werden: Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion war und ist sich der außerordentlichen Befähigung einer Aufgabe der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Ernährung und der industriellen Produkte durchaus bewußt und der Unmöglichkeit ihrer Durchführung wegen des steigenden Widerstandes des ganzen Volkes und wegen des Verjagens der ausführenden Organe. Die formwidernde Wirkung auf die Bevölkerung, die Belastung der Wirtschaft mit einer Fülle von unproduktiven Verwaltungsmahnahmen, sowie die ungünstige treibhausartige Entwicklung von Subventionen und Kartellen, als Folgeerscheinungen der gebundenen Wirtschaft, lassen trotzdem eine rasch fortschreitende Beteiligung aller Formen der Zwangswirtschaft zur gezieltesten Notwendigkeit. Landwirtschaft, Industrie und Handel, insbesondere deren Verbände und Syndikate und Kartelle, müssen sich der schweren Verantwortung bewußt sein, welche die Beteiligung der Zwangswirtschaft ihnen auferlegt. Die Befreiung unproduktiver Aufgaben in Landwirtschaft, Handel und Industrie und eine energische und vorurteilslose Förderung ihrer Produktivität ist erforderlich, um eine entsprechende Preisbildung herbeizuführen und den unentbehrlichen Export zu erhöhen. Zur Ausarbeitung geeigneter Vorschläge steht die Fraktion einem Auschuß ein.

Süddeutsche Verständigung.

Ulmu, 27. Sept. Die zu den Reichstags-Fraktionsberatungen in Ulmu zahlreich erschienenen demokratischen Abgeordneten des bayerischen, württembergischen, badischen und brensbirgischen Landtags nahmen Gelegenheit zu einem Gedankenanstausch, dem auch die in Ulmu anwesenden Minister an der Spitze der Staatspräsident von Württemberg, anwohnten. Es fand über eine Reihe gemeinsamer Anliegen eine zwanglose Aussprache statt, die eine vollkommene Uebereinstimmung über das Bedürf-

nis nachbarlicher Verständigung über nachbarliche Angelegenheiten ergab. Es wurde beschlossen, zu diesem Zweck und zur Erleichterung eines Ausgleichs in wirtschaftlichen Fragen durch Zusammenarbeit, regelmäßig zusammen zu treten. Zur Vorbereitung der nächsten Zusammenkunft wurde ein Auschuß bestimmt, dem die Abg. Baumann (Württemberg), Stadler (Saar), Grotzer (Baden) und Pirr (Bayern) angehören. Für die nächsten Zusammenkünfte sind Heidelberg und Augsburg in Aussicht genommen.

Vom Landesfischen der bayerischen Einwohnerwehren.

Die Sozialdemokraten befürchten von dem fest die Ausarbeitung der Monarchie. In Nürnberg fand eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Vertreter aus allen Bezirken Nordbayerns sprachen. Die Versammlung stimmte einstimmig einer Entschließung zu, im Falle der Ausrufung der Monarchie oder einer Militärdiktatur in Bayern sofort in den Generalrat einzutreten, der auch auf die lebenswichtigen Betriebe ausgedehnt werden soll. Der Berichterstatter der Eisenbahner teilte mit, daß bei Verwirklichung der reaktionären Pläne die Eisenbahner verhindern würden, daß sich in Bayern auch nur eine Lokomotive oder ein Wagen von der Stelle bewege. Ferner wurde eine Erklärung der Bergarbeiter des Ruhrreviers beifolgend gegeben, wonach diese sich weigern würden, für ein monarchistisches Bayern Kohlen zu fördern.

Die Preise für das Landesfischen der bayerischen Einwohnerwehren sind in München im Kupferaal des Armermanns angesetzt. Es sind etwa 850—900 Stück. An den wichtigsten Säulen hängen die von ersten Münchener Künstlern, darunter Angelo Jant, Woyner und Hoffmann, gemalten wertvollen Scheiben. Daneben als besondere Uebersetzung hochgeschätzte Scheiben von irgendwoher aus dem bayerischen Oberland als Dank für die Einwohnerwehr. Da gläserne und leuchtende goldene und silberne Pokale, die sind von staatlichen, öffentlichen und privaten Stellen, zumeist von den letzten gezeichnet und haben einen Gesamtwert von rund 75 000 Mark. Die einzelne Gabe aus Edelmetall schwant im Anschaffungspreise von 1000—7000 Mark. Ein Scheiber hat beigefügt, daß er nicht der Einwohnerwehr angehört, aber froh ist, daß sie da ist und ihr dankbar ist von Herzgrund. Der Brant- und Hauptpreis ist ein dunkles, geräumiges Deckensimmer, Wert 10 000 Mark, gegeben von einem Mitglied der Einwohnerwehr. 225 Geldpreise hat man einzeln unter Glas und Rahmen untergebracht, zwei Tausender, 75 Hunderter, 30 Fünftiger und dazu noch zwei Schecks, insgesamt 35 000 Mark.

Zur Neuordnung der Gütertarife.

Berlin, 25. Sept. Im Anschluß an die jüngst mitgeteilte Besprechung über die Neuordnung des Gütertarifs ist noch über folgende Gegenstände beraten worden: Auf Vorschlag der ständigen Tarifkommission und des Ausschusses der Reichsvereinigten soll die Haftung der Eisenbahn für Verlust und Beschädigung eines Gutes künftig, wie bei der Post, allgemein auf 20 Mk. für ein Kilogramm beschränkt werden. Bei höherwertigen Gütern kann der Absender den Wert bei der Uebersendung versichern, gegen eine mäßige Gebühr, die nach der Uebersendung gehaftet und für zwei Gütergruppen (Edelmetalle usw. und sonstige Güter) verschieden festgesetzt ist. Die Versicherungssumme darf den gemeinen Wert des Gutes höchstens um 10 Prozent übersteigen. Daneben kann eine Versicherung für rechtzeitige Lieferung abgeschlossen werden, durch die die Eisenbahn die Haftung für den durch etwaige Verzögerung der Sendung entstehenden Schaden übernimmt. Die Sachverständigen erklärten sich mit dieser Neuordnung und den weiteren Beschlägen der ständigen Tarifkommission über die Preisberechnung für Eisen- und Stahlwaren sowie über einzelne weitere Änderungen des Eisenbahngütertarifs von geringerer Bedeutung einverstanden. Die Einführung der beschränkten Haftung und der Versicherung ist von der vorherigen Änderung der betreffenden Bestimmungen im Handelsgesetzbuch und der Eisenbahnerbestimmungen abhängig, die kollektiv herbeigeführt werden soll.

Hermann Müller über Sozialdemokratie und Reichsregierung.

Berlin, 25. Sept. Aus Köln wird berichtet: Der frühere Reichstagsabgeordnete Hermann Müller sprach gestern abend im überfüllten Saal des Volkshauses über das Thema „Das Sozialistische Deutschland“. Er wies die Schuld an der jetzigen Desolationslage der Volk und Fu-abahn für die Sozialdemokraten zurück und betonte, daß diese vielmehr darauf zurückzuführen ist, daß die Verlebensituation durch die Oberste Deckschicht der Wirtschaft geworden seien. Die jetzige Regierung mit ihren Finanzministern solle zeigen, ob sie auf diesem Gebiet etwas leisten könne. Die Sozialdemokratie habe keine Ursache, die Regierung zu kritisieren, solange sie noch eine längerer Zeit unangriffbar erhalten, damit sie das Versprochene ausführen könne. Wenn die Deutsche Volkspartei mit den bürgerlichen Anschauungen einverstanden sei und sie in ihrer äußeren Politik vertreten könne, würden die Sozialdemokraten mitregieren. Für die innere Politik machte Müller den Eintritt in die Regierung von der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei abhängig.

Im Zusammenhang damit ist interessant, was der Abgeordnete Stresemann neuerdings in der letzten Nummer seiner „Deutsche Stimme“ über die Stellung der Deutschen Sozialdemokratie zur Sozialdemokratie äußert. Er sagt: Die Hervorhebung der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit mit der Sozialdemokratie bedeuete keine Uinklöschung der Deutschen Volkspartei. Weiter schreibt er dann: Wäre die Sozialdemokratie in der Reichsregierung, dann würde sie nicht in Berlin mit den Unabhängigen gegen die bürgerlichen Parteien erben können, sondern dann würde das Zusammengehen innerhalb der Reichsregierung auch auf Landtag und Gemeinderat zurückzuführen. Als Ziel der Politik erachtet er mir nicht, den Kampf der Sozialdemokratie gegen das Volk, sondern zu vereinigen und von uns aus der breiten Arbeit zu leben, dessen Ueberwindung wir nicht wünschen. Ziel des Kampfes muß in den gährenden, unruhigen Zeiten, in denen wir leben, Ueberwindung der Gegensätze sein, nicht ihre Verschärfung.

Eine Kinderdemonstration in Berlin.

Ulmu gegen die Reaktion für den neuen Oberbürgermeister von

Berlin Dr. Löwenstein und die weltliche Schule zu demonstrieren, hatte ein sogenanntes Kulturfest, bestehend aus dem Arbeiter-Elternbund, der freireligiösen Gemeinde, dem sozialdemokratischen Elternbund und dem sozialdemokratischen Eltern die kleinen und kleinsten Kinder auf die Beine gebracht. Mit Plakaten bewaffnet, auf denen Inschriften drangen wie: „Wegen das Hunger- und Durstertum“, „Macht Euch das Leben genügend schön, kein Feind gibt's, kein Wiedersehen“ wurden viele armen Kinder nach dem Aufgange getrieben, wo Adolf Hoffmann, ein Lehrer namens Brose und andere die Kinder aufordneten, im Kampf gegen die Religion anzuhalten. Mit Drohungen auf die Weltrevolution und Sowjet-Rußland nahm diese würdige Kundgebung, die in Wahrheit ein elendhafter Witz war, ein Ende.

Ausland.

Sudapest, 27. Sept. Hier ist man verschiedenen kommunistischen Verschwörungen auf die Spur gekommen. Mehr Personen konnten bisher verhaftet werden. Einer der Verhafteten ist kurz nach der Einlieferung in das Gefängnis Selbstmord begangen.

Rom, 27. Sept. Die Wahl der vorläufigen Regierung von Fiume ist nunmehr vollzogen worden. Die Stadt wird in Rom, Paris und New York diplomatische Vertretungen einrichten. — Der endgültige Friedenszustand zwischen Italien und Oesterreich beginnt voraussichtlich am 1. Oktober.

Mailand, 25. Sept. Nach einer „Secolo“-Reise nach Paris hat der Votschafferrat bei den allierten Kabinetten die Festlegung der Volksabstimmung in Oberschlesien für die zweite Novemberwoche beantragt.

London, 27. Sept. Eine neue Sitzung der Arbeiterpartei in London fand statt. Der Redner führte aus, nachdem er einen geschichtlichen Ueberblick über die Postenbewegung von der internationalen Organisation gegeben hatte, daß er in der 2. Internationale keine Hoffnung mehr sehe und daß sich auch dort eine Anzahl Sektionen von ihr zurückgezogen haben. Andererseits ist es den französischen und englischen Arbeitern nicht möglich, der 3. internationalen Partei, solange die Russen darauf bestehen, den großen Vändern wie Frankreich, England und Deutschland die Grundzüge der Methoden aufzuzwingen wie sie in der Revolution angenommen wurden.

Athen, 27. Sept. Die griechische Deputiertenkammer wurde aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 7. November statt.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Brüssel, 26. Sept. In der gestrigen Vormittagsitzung der Finanzkonferenz erhalteten nach Regelung der Geschäftsordnung die Vertreter der dänischen, niederländischen, norwegischen, schwedischen, schweizerischen und spanischen Delegation ihre Vorträge. Für Dänemark, Spanien und Holland lauten dieselben günstig, weniger günstig für Norwegen, Schweden und die Schweiz. In der Nachmittagsitzung legten die Delegierten der neun europäischen Staaten die Berichte über deren wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse der Konferenz vor. Finnland werde die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten mit Hilfe des Auslandes überwinden, trotzdem dagegen sei die Lage in Estland und Litauen. Ueberall sind die gleichen Ursachen zu beobachten: Hohe Budgetziffern, geringe Steuereinnahmen, große Warenaufuhr bei geringer Ausfuhr, daneben hohe Staatsschulden für ungelagerte Geldverhältnisse. Der polnische Finanzminister Grabski schilderte die trostlose Verfassung der polnischen Finanzen; man erhoffe eine Reorganisation Polens, sobald die Last des Krieges weggefallen und die Abkündigung in Oberschlesien die Einfuhr der Rohlen fortsetzen lasse.

Die Bildung der Ausschüsse.

Brüssel, 27. Sept. In der Nachmittagsitzung vom Samstag wurde beschlossen, den Gang der Konferenz zu ändern. Vorkünftig werden die Berichte über die finanzielle und wirtschaftliche Lage von den einzelnen Delegierten, nicht wie vorgesehen, weiter vorgetragen werden, vielmehr werden nun die Arbeiten in den Ausschüssen aufgenommen. Diese Kommissionen werden im Laufe der kommenden Sitzung gebildet werden. Es ist mit Sicherheit auf vier Ausschüsse zu rechnen, und zwar werden die Delegierten zunächst über die Zusammenlegung der Kommission über die Staatsfinanzen entscheiden. In dieser Sitzung wird der englische Delegierte Brand die Einleitungsrede über das Problem der Staatsfinanzen halten. In der zweiten Kommission wird das Geldwesen und die Wechselkurse zur Beratung kommen. Die Einleitungsrede wird von dem Präsidenten der niederländischen Bank, Wiffering, gehalten. Am Mittwoch wird die Kommission für den internationalen Handel gebildet, für die die Einleitungsrede der belgische Handelsminister Ponters-Plinten hält. Am Donnerstag bildet sich die Kommission für Auleiden, deren Vorsitzender der französische Collier ist.

Die Rigner Verhandlungen.

Riga, 26. Sept. Der frühere russische Kriegsminister Gollmann, der bei seiner Ankunft in Riga an einem schweren Herzerleiden erkrankte, und dessen Leiden sich in den letzten Tagen verschlimmert hatte, ist gestorben. Aus diesem Grunde haben die Friedensverhandlungen, die gestern fortgesetzt werden sollten, eine kleine Unterbrechung erfahren. Die nächste Volltagung dürfte wahrscheinlich am Montag den 27. September stattfinden. Der Umstand, daß mehrere Offiziere der Brandel-Armee vor kurzem in Riga eingetroffen sind, erregt in hiesigen unterrichteten Kreisen das lebhafteste Interesse. Die Brandel-Delegierten beabsichtigen nämlich, den Gang der Friedensverhandlungen zu beeinflussen und vor allen Dingen mit Unterstützung Frankreichs die Forderung durchzusetzen, daß Sowjetrußland eine völlige Demobilisierung seiner Streitkräfte vornehme. Die Ankunft der Brandel-Offiziere der Brandel-Armee vor kurzem in Riga eingetroffen sind, erregt in hiesigen unterrichteten Kreisen das lebhafteste Interesse. Die Brandel-Delegierten beabsichtigen nämlich, den Gang der Friedensverhandlungen zu beeinflussen und vor allen Dingen mit Unterstützung Frankreichs die Forderung durchzusetzen, daß Sowjetrußland eine völlige Demobilisierung seiner Streitkräfte vornehme. Die Ankunft der Brandel-Offiziere der Brandel-Armee vor kurzem in Riga eingetroffen sind, erregt in hiesigen unterrichteten Kreisen das lebhafteste Interesse. Die Brandel-Delegierten beabsichtigen nämlich, den Gang der Friedensverhandlungen zu beeinflussen und vor allen Dingen mit Unterstützung Frankreichs die Forderung durchzusetzen, daß Sowjetrußland eine völlige Demobilisierung seiner Streitkräfte vornehme.

Angegebener:

die einseitige Vert.,
über deren Raum 60 f.
bei Ausfuhrerteilung
durch die Reichsstatistik
46 f. ergo.

Kellame-Zelle, A. 1.34
bei größeren Aufträge
entsprech. Rabatt, der i
Halle des Mahnerverbo
hinlänglich wird.

Schick der Anzeige
Annahme tageloot.

Vermsprecher Nr. 4.
Für teilel. Anträge mit
feinerelei Gewehr über
genommen.

erkauf
mühlstr. 1.

ir Kinder,
D Dessins,

das Stück,
4 Mt.,

ie,
f 2 Mt.

emden,
fen

lich Leder.

mpulver
9—1 Uhr,
n 3—6 Uhr.

sausschuss
forzheim. :

Mitglieder und
am 1. Oktober

leihe

unft gerne zur
holt darauf auf-

er und
ogaben

onikas

den halben Preis,
reichige Säfte von

in der Harmonika
& Hohner in

terricht von Meister
neue elgetauscht

ppenhardt.
unge



